



Herr Mars Di Bartolomeo  
Präsident der Abgeordnetenkammer

Luxemburg, den 4. August 2017

Herr Präsident,

Gemäß Artikel 80 der Geschäftsordnung der Abgeordnetenkammer bitten wir Sie, nachfolgende parlamentarische Anfrage an den Herrn Kommunikations- und Medienminister, den Herrn Wirtschaftsminister und den Herrn Finanzminister weiterzuleiten.

Nachdem der Wirtschaftsminister öffentlich verkündet hatte, dass die Firma Google beabsichtige, ein Data-Zentrum im Großherzogtum zu errichten, haben sich kürzlich die Jungsozialisten zu Wort gemeldet und eine Datensteuer für Internetunternehmen gefordert. Diese Idee ist nicht neu. Im Oktober 2014 hatte eine von der ungarischen Regierung geplante Datensteuer für Massenproteste gesorgt und die Regierung zur Umkehr gezwungen.

In diesem Zusammenhang möchten wir folgende Fragen an die zuständigen Minister stellen:

- Wie steht die Regierung zu einer möglichen Datensteuer? Wie könnte eine solche Datensteuer konkret aussehen? Gibt es diesbezüglich bereits Regierungspläne?
- Ist die Regierung bereit, auf europäischer oder OECD-Ebene für die Einführung einer solchen Steuer zu werben?

Es zeichnen hochachtungsvoll,

Diane Aehm  
Abgeordnete

Gilles Roth  
Abgeordneter



LE GOUVERNEMENT  
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG  
Ministère de l'Économie

Le Ministre

Luxembourg, le 25 septembre 2017



Le Ministre de l'Économie  
à  
Monsieur le Ministre aux  
Relations avec le Parlement

L-2450 LUXEMBOURG

Réf. : Co/QP3201-02/JM-dm

**Objet:** Question parlementaire N° 3201 du 4 août 2017 des honorables Députés Madame Diane Adehm et Monsieur Gilles Roth

---

J'ai l'honneur de vous communiquer en annexe la réponse commune de Monsieur le ministre de l'Économie et de Monsieur le ministre des Finances à la question parlementaire sous objet, avec prière de bien vouloir en assurer la transmission à Monsieur le Président de la Chambre des Députés.

Étienne Schneider

Dossier suivi par : Judith Meyers, tél : 247-84349 ; email : [judith.meyers@eco.etat.lu](mailto:judith.meyers@eco.etat.lu)

**Antwort von Herr Etienne Schneider, Vize-Premierminister, Minister für Wirtschaft, und von Herr Pierre Gramegna, Minister der Finanzen, auf die parlamentarische Anfrage nr 3201 vom 4. August 2017 der Abgeordneten Frau Diane Adehm und Herr Gilles Roth**

---

Die ehrenwerten Abgeordneten Diane Adehm und Gilles Roth erkundigen sich zunächst über die Position der Regierung zu einer möglichen Datensteuer im Allgemeinen und möchten insbesondere wissen, ob die Regierung bereit wäre, für die Einführung einer solchen Steuer auf europäischer oder OECD Ebene zu werben.

Die Einführung einer solchen Steuer ist derzeit nicht geplant. Es scheint auch verfrüht über eventuelle Absichten von OECD- oder EU Mitgliedsstaaten zu urteilen, eine solche Datensteuer einzuführen. Die Regierung plant nicht sich für eine solche Steuer einzusetzen.